



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 31884 - 33

Fernschreiber 0326890

2/XIV/64 - 18. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Doppelzünftig !

66

Notwendige Bemerkungen zu "Christlich-demokratische
Blätter der Arbeit"

Von Helmut Rohde, M.d.B.

3 Nach dem Scheitern der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen

"Einfrieren" der diplomatischen Beziehungen ? 51

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

4 Wo bleibt das Straßenbaufinanzierungs-Gesetz ? 47

Von Heinrich G. Ritzel, M.d.B.

Mitglied des Haushaltsausschusses

5 Erstes deutsches Frachtschiff mit Atomenergie 28

1963 soll es soweit sein

6 - 7 Die Selbständigen - heute und morgen 42

SPD-Mittelschichtentagung am 3. und 4. April in Hamburg

* * * *

* * *

Doppelzüngig!

Von Helmut Rohde, MdB

Die Betriebsratswahlen haben die "Arbeitnehmervertreter in der CDU" nervös gemacht. Von ihrem Bundesvorstand haben sie den Auftrag erhalten, ihrer Partei Einfluß in den Betrieben zu schaffen. "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" ist dafür der Name. Die Aktivisten merken jedoch, daß ihr Auftrag gerade jetzt auf beträchtliche Schwierigkeiten stößt. Das Unbehagen darüber spiegelt sich in ihren Publikationsorganen wider, die mit aufgeregter Sprache vollgeschrieben sind. Ein Musterbeispiel dafür ist die März-Nummer der "Christlich-demokratische Blätter der Arbeit", -"Soziale Ordnung" genannt. Diese Blätter wenden sich mehrfach gegen die "innenpolitische Offensive der SPD", die sich auch in den Betrieben bemerkbar mache.

Gemeint ist der Kampf der Opposition gegen den sogenannten "neuen Stil" der Bonner Sozialpolitik, der unter dem Schlagwort "Stärkung der Selbstverantwortung" jetzt soziale Rechte der deutschen Arbeitnehmer bedroht. Zu diesem "Stil" gehören Rentenstreichungen und Zwangsabfindungen in der Unfallversicherung, Verzögerung und unzulängliche Erhöhung des Kindergeldes sowie die Absicht, die Krankenversicherung zu verschlechtern und drastisch die Mieten zu erhöhen, bei gleichzeitigem Abbau des Mieterschutzes. In diesem Zusammenhang ist die schwächliche Haltung der Regierung gegenüber der Kohlenkrise ebenso zu nennen wie ihr abgespielter Wankschlager "Eigentum für alle", der selbst zur Illusion nicht mehr ausreicht. Es gibt keine breite Streuung des Eigentums in der Bundesrepublik, sondern eine sich verstärkende Kapitalkonzentration, verbunden mit einer Zusammenraffung wirtschaftlicher und auch politischer Macht. Immer mehr Macht in immer weniger Hände, das ist die Tendenz. Das ist mehr als ein leicht zu reparierender Schönheitsfehler der CDU-Politik, wie ihre "Arbeitnehmervertreter" glauben machen möchten. Damit ist die Frage gestellt, welchen Karren man ziehen will.

In dem eingangs zitierten "Blättern der Arbeit" wird dazu ein recht bitteres Beispiel gegeben. Gleich zweimal tauscht durch diese Blätter der Wortlaut einer Erklärung zum Referenten-Entwurf des Bundesarbeits-

ministeriums über die Krankenversicherungs-Reform. Über hundert Zeilen werden dort zu dieser Sache geschrieben. Aber nicht eine ist den CDU-Vertretern dabei übrig gegen die unsozialen Regelungen des Entwurfes, gegen seine Kuriositäten, gegen die geplante Selbstkostenbeteiligung und seine Absicht, mit den deutschen Arbeitnehmern Erziehungsexperimente am Krankenbett zu machen.

Wogegen wendet man sich in diesen Blättern? Man beschwert sich darüber, daß Gewerkschafter und Sozialdemokraten gegen diesen Entwurf des Blank-Ministeriums protestieren, daß sie gegen seine negativen Grundlagen kämpfen, daß sie ihn tot machen wollen, damit den deutschen Arbeitern und Angestellten sowie ihren Familien soziale Belastungen, gesundheitliche Schäden und entwürdigende Kontrollen erspart bleiben. "Der Referenten-Entwurf ist nichts anderes als der Entwurf eines Fachprekarius", sagen die "Christlich-demokratischen Blätter der Arbeit". Aber Dr. Jantz, Ministerialdirektor im Bundesarbeitsministerium, nahm den politisch verantwortlichen Minister Blank in der ihm eigenen Art an den Rockaufschlag, als er glatt im Regierungs-Bulletin dahinschrieb:

"Der Entwurf entspricht den Grundsätzen, die von Bundesarbeitsminister Theodor Blank vorgeschlagen, vom Minister-Ausschuß für die Sozialreform empfohlen und vom Kabinett gebilligt worden sind".

Er ist also politisch mehr als eine Referenten-Schreiber!

Haben diese "Christlich-demokratischen Blätter" schon innerhalb eines halben Jahres vergessen, daß der Referenten-Entwurf zur Neuordnung der Unfallversicherung später auch in gleicher Weise als Regierungsvorlage erschien, obwohl schwere Bedenken, z.B. von den Gewerkschaften, gegen eine Reihe Bestimmungen geltend gemacht waren?

Zum Schluß wird in diesen Blättern noch geschrieben, daß die Diskussion über die Krankenversicherungs-Reform "geradezu als ein Test dafür angesehen werden" könne, ob die Demokratie in unserem Staate mehr sei als nur "ein normales verfassungsrechtliches Gerüst". Was ist das für eine Doppelzüngigkeit, die Diskussion an sich zu begrüßen, aber sich als Vertreter der Regierungspartei um eine Stellungnahme in der Sache zu drücken! Geschieht das aus Angst vor der eigenen Courage oder Übereinstimmung mit den Grundgedanken des Referenten-Entwurfes?

Nach dem Scheitern der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Noch bis vor einiger Zeit wußte man nicht genau, ob das Bonner Verlangen, bei einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien müßte Belgrad die offiziellen Kontakte zur DDR abbrechen oder aber zumindest einfrieren lassen, eine amtliche Forderung oder nur Erfindung von Journalisten war. Jetzt, nachdem offiziell zugegeben worden ist, daß deutsch-jugoslawische Gespräche um die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen an beiden diesen Forderungen gescheitert sind, ist es sicher, daß Bonn geneigt ist, die Hallstein-Doktrin abzuschwächen. Denn nichts anderes hätte es bedeutet, wenn Belgrad auf die Formel vom "Einfrieren" der Beziehungen zu Pankow eingegangen wäre.

Fühlte sich Belgrad im Oktober 1957 verpflichtet oder genötigt, die DDR völkerrechtlich aufzuwerfen, so ist es erst recht im März 1959 keineswegs bereit, die immer stärker abbröckelnde Fassade der sich als Fehlkonstruktion erweisender Bonner Außenpolitik verputzen zu helfen. Die letzten Wochen haben die Unhaltbarkeit der außenpolitischen Thesen Bonns hinreichend unter Beweis gestellt. Kann man da von einem so gewiegten Taktiker, wie es der jugoslawische Staatschef Tito ist, erwarten, daß er gerade in einem solchen Augenblick Bonn unter die Arme greifen würde? Daß man in Bonn dies vermutete, beweist nur einmal mehr die Kurzsichtigkeit seiner außenpolitischen Aktionen.

Belgrads Verärgerung über Pankow ist sicherlich nicht gering. Dabei spielt die Ideologie vielleicht eine unbedeutendere Rolle als das leidige Geld. 175 Millionen Dollar, die Belgrad versprochen wurden, hat Pankow im Gefolge von Moskau einseitig aufgekündigt. Um einen Ersatz für diesen nicht einzigen Ausfall berührt sich Jugoslawien gegenwärtig auch bei westdeutschen Privatfirmen. Aber selbst die zum Abschluß einer 50 Millionen DM-Vereinbarung noch fehlende Hermes-Garantie kann Tito offensichtlich nicht locken. Ein Ereignis widerspricht der bis unlängst hier herrschenden Auffassung, Belgrad müsse nicht zuletzt aus ideologischen Gründen Gewaltmaßnahmen gegenüber den Ostblockpartnern vermeiden. Ein von Belgrad verursachtes "Einfrieren" der diplomatischen Beziehungen zur DDR hätte dem gesamten Ostblock neue Argumente in der anti-jugoslawischen Kampagne liefern müssen. Trotzdem dies nicht von der Hand zu weisen ist, hat Belgrad seinen ohnehin nicht mehr in der albanischen Hauptstadt weilenden Gesandten jetzt offiziell abberufen.

Die Spannungen zwischen Albanien und Jugoslawien haben jedoch in letzter Zeit mehr als nur ein "Einfrieren" der diplomatischen Beziehungen erwarten lassen. Daß es jedoch nicht zu einem Abbruch der offiziellen Kontakte gekommen ist, dürfte stärker auf jugoslawische Rücksichten auf die afro-asiatische als kommunistische Welt zurückzuführen sein. Nachdem Tito auf seiner soeben beendeten Reise so bereit den gleichberechtigten Anspruch der Kleinen und Mittleren gegen die Großen vertreten hatte, steht es dem "großen Jugoslawien" schlecht an, gegen das "kleine Albanien" die radikalsten Mittel anzuwenden.

Jugoslawien erwartet kein ideologisch-zwischenstaatliches Erdbeben im Ostblock auf diese Maßnahme. Stellt doch das offizielle "Einfrieren" der Beziehungen zu Albanien nur eine Legalisierung des ohnehin schon seit neun Monaten bestehenden Zustandes dar. Trotzdem zählt die Tatsache gegen Bonn, daß sich Jugoslawien zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die DDR nicht entschließen will. Sicherlich gibt es auch Schwierigkeiten mit Ost-Berlin, wenngleich sie nicht albanische Ausmaße erreichen.

Wo bleibt das Straßenbaufinanzierungsgesetz ?

Von Heinrich G. Ritzel, MdE
Mitglied des Haushaltsausschusses

Die Bundesregierung hat in den Haushaltsansätzen 1959 in kursiv gedruckten Klammerzahlen den Betrag von 490 Millionen 850 000 DM vorgesehen. Dieser Betrag soll aus dem Aufkommen des neuen Straßenbaufinanzierungsgesetzes gedeckt werden. Das Bundesverkehrsministerium hat den Entwurf eines solchen Straßenbaufinanzierungsgesetzes dem Finanzministerium vorgelegt. Das Finanzministerium hat seinerseits den Entwurf überprüft und kabinettreif gemacht, das Bundeskabinett aber hat noch keinen Beschluß gefaßt. Der ganze Haushalt der Bundesfernstraßen (Bundesstraßen und Bundesautobahnen) hängt in der Luft.

218 Millionen DM der vorgesehenen Ausgaben werden zudem in den außerordentlichen Haushalt verwiesen und sollen aus Anleihen gedeckt werden. Das geschieht zur gleichen Zeit, in der im ordentlichen Haushalt, also direkt zu Lasten des Steuerzahlers, in einem Rechnungsjahr hunderte von Millionen DM für Hochbauten ausgegeben werden sollen, die weit eher als vermögenswirksame Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt gehören wie Straßenausgaben.

Im einzelnen sollen der Neubau von Bundesautobahnen und zahlreiche Ausgabenansätze durch das geplante, aber im Kabinett noch nicht beschlossene Straßenbaufinanzierungs-Gesetz mitfinanziert werden; außerdem die Bundesfernstraßen wie auch die Verstärkungsmittel für den Ausbau des Autobahnnetzes durch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G. (Öffa) wie die Ausgabenansätze für die Unterhaltung, den einfachen Um- und Ausbau der Bundesstraßen und der damit verbundenen Nebenanlagen, ferner die Ausgabenansätze für größere Um- und Ausbauten von Bundesstraßen und deren Nebenanlagen, sowie die Etatansätze für den Neubau von Bundesstraßen, die Ansätze für Grunderwerb, die Ansätze für den Ausbau von Ortsdurchfahrten in den Gemeinden bis zu 9 000 Einwohnern, die Ansätze für den Bau von Umgehungsstraßen, die Zuschüsse an fremde Baulastträger, die Straßennittel für das Saarland, die Unterhaltungsansätze für Bundesautobahnen, die Mittelzuweisungen für Um- und Ausbauten für Bundesautobahnen und deren Nebenanlagen.

Wir schreiben Mitte März 1959. Die vorliegenden Bindungsermächtigungen genügen allein nicht, um den drohenden Schäden einer unverantwortlichen Verzögerung in der Inangriffnahme und Durchführung notwendiger Straßenbauarbeiten zu sichern. Sachliche Gründe können für diese Verzögerung nicht ins Feld geführt werden. Eine Erhöhung der Straßenbaumittel ist unter allen Umständen erforderlich. Wenn die Regierung und die Regierungsparteien sich nicht entschließen, die erforderlichen Mittel durch eine Umgruppierung der Ausgaben im ganzen Bundeshaushalt bereitzustellen, lastet die Verantwortung für die Erschießung neuer Ausgaben im Interesse des Straßenbaues noch stärker auf ihnen. Mit Versprechungen kann man keine Straßen bauen und keine Löcher flicken!

Offensichtlich hat die Regierung Angst vor den politischen und wirtschaftlichen Folgen der von ihr geplanten Erhöhung der Mineralölsteuer und der Mineralölzölle. Die Zeit drängt. Die Regierung wird sich entschließen müssen, nun endlich Farbe zu bekennen und aus den Phantasiazahlen der Kursivansätze im Bundeshaushalt reale Wahrheit werden zu lassen.

Erstes deutsches Frachtschiff mit Atomenergie

zu. - Die Weichen für den Bau des ersten atomar angetriebenen Frachtschiffes der Bundesrepublik sind gestellt. Westdeutschland ist jetzt auf dem besten Wege, den Anschluß an die weltweite Entwicklung zu finden. Voraussichtlich wird im Jahre 1963 der erste deutsche Tanker, der durch Atomenergie angetrieben wird, in See stechen.

Die "Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt" hat der Firma "Interatom" einen Entwicklungsauftrag für den ersten Schiffsreaktor erteilt. Hinter der Gesellschaft stehen die vier norddeutschen Küstenländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die am Elbehochufer bei Geesthacht ein Atomforschungszentrum für Schiffbautechnik unterhalten. Hinter der Interatom steht die DEMAG und die "Atomics International" in Kalifornien.

Der Zeitplan sieht wie folgt aus: Der Schiffsreaktor ist bis 1961 im Atomforschungszentrum in Geesthacht anzuliefern. Dort soll er bis 1962 auf seine technischen Eigenschaften und vor allem auf seine Strahlungssicherheit getestet werden. Anfang 1963 soll der Reaktor in einem Tanker eingebaut werden. Im Herbst 1963 sollen die ersten Probefahrten beginnen.

Der Atomreaktor soll rund 20 Millionen DM kosten. Er soll einen 20 000 BRT großen Tanker, eine Antriebskraft von 10 000 Wellen PS verleihen. Der Tanker selbst soll von einer westdeutschen Großschiffswerft gebaut werden. Mit dem Bau soll begonnen werden, wenn der Entwicklungsauftrag der Interatom abgeschlossen ist.

An dem Entwicklungsauftrag für den Reaktor und die Baupläne für den Tanker wird die technische Hochschule in Hannover unter Leitung von Prof. Illies beratend tätig sein. Der Kieler Atomwissenschaftler Prof. Bagge, der das Atomforschungszentrum in Geesthacht leitet, ist gleichfalls in die planerischen Vorarbeiten eingeschaltet worden.

18. März 1959

Die Selbständigen - heute und morgen

30. Die "Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD" ist eine der Arbeitsgemeinschaften, in denen sich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zusammenfinden, um bestimmte Gebiete der öffentlichen Angelegenheiten intensiver zu bearbeiten. SPD-Mitglieder, die selbständige Unternehmer sind - es sind ihrer rund 100 000 im Handwerk, im Gross- und Einzelhandel, im übrigen Gewerbe und in den freien Berufen - sind aber zumeist nicht nur in den Arbeitsgemeinschaften selbständig Schaffender tätig, sondern beteiligen sich auch an der allgemeinen Parteiarbeit. Das war der Grund dafür, dass die längst fällige III. Bundestagung der Arbeitsgemeinschaften selbständig Schaffender mehrmals zurückgestellt werden musste - Wahlen in verschiedenen Bundesländern machten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften "unabkömmlich". Nun aber findet die III. Bundestagung unwiderrüflich am 3. und 4. April in Hamburg statt.

Die Bundestagungen der sozialdemokratischen Mittelschichtenpolitiker sind jedesmal politische Ereignisse gewesen. Als Erich Ollenhauer auf der ersten Tagung dieser Art 1953 in Essen ausrief: "Ich freue mich, dass diese Tagung das langjährige Aufbauwerk treuer und eifriger Sozialdemokraten endlich krönt, Sozialdemokraten, die zur Verwunderung - und vielleicht auch zum Missvergnügen - der Gegner unserer grossen Partei nicht Arbeiter, nicht Angestellte und auch nicht Beamte sind", wurde es weithin klar, dass die Sozialdemokratie - wenn auch das Kernstück ihrer Mitgliedschaft und ihrer Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft besteht - nie der Meinung war, das schaffende Volk bestehe nur aus den Menschen, die gegen Lohn und Gehalt arbeiten.

Auf der bevorstehenden III. Bundestagung in Hamburg wird in der grossen öffentlichen Kundgebung in der Hamburger Universität, mit der die Tagung am 3. April eröffnet wird, das Mitglied des SPD-Präsidiums Dr. Heinrich Deist, MdB., das Grundsatzreferat über "Die Selbständigen - heute und morgen" halten. Auf der Delegiertenkonferenz am 4. April wird der stellvertretende SPD-Vorsitzende Harbert Wehner zu den selbständig Schaffenden sprechen. Einen Bericht über die parlamentarische Mittelschichtenarbeit wird der stellvertretende Vorsitzende des Mittel-

18. März 1959

standsausschusses des Deutschen Bundestages, Erwin Lange, geben. Den Rechenschaftsbericht des Vorstandes der Bundesarbeitsgemeinschaft erstattet ihr langjähriger Vorsitzender, der Hamburger Malermeister Arthur Busch.

Die Tagung, von der die Fachpresse sagt, dass man ihr mit Spannung entgegenblicke, wird zweifellos einen neuen Abschnitt in der sozialdemokratischen Mittelschichtenpolitik einleiten, die ihr defensives Stadium - in dem sie immer wieder betonen musste, die SPD sei nicht mittelstandsfeindlich, längst hinter sich gelassen hat.

+ + +

Urlaubsreisen mit "Star"

-r "Mancher träumt so lange vom Glück, bis er es schließlich verschläft, sagt der Volksmund. Und er hat recht mit seiner Warnung. Ihre Reiseziele sind jetzt noch wie Wolken, die am Himmel ziehen, unbestimmt und flüchtig. Es gilt sie zu fassen und ihre Umrisse fest zu formen - Urlaubsglück muß sorglich vorbereitet sein". Diese Zeilen stehen zu Beginn einer 22seitigen Werbebroschüre "Perien-Freunden mit Star-Reisen", herausgegeben von der Gemeinschaft einiger Zeitungen, der der Berliner "Telegraf" (Berlin-Grünwald, Bismarckplatz), die "Freie Presse" (Bielefeld, Pressehaus), "Westfälische Rundschau" (Dortmund, Ostenhellweg 42/48), "Hamburger Echo" (Hamburg, Speersort I), "Hannoversche Presse" (Hannover, Gosseriede 10) und "Volkszeitung" (Kiel, Bergstraße 9-13) angehören.

Diese Gesellschaft, einem weitverbreiteten Bedürfnis entgegenkommend vermittelt unter Beratung hervorragender Fachleute Urlaubsreisen zu günstigen Bedingungen in alle Reisegebiete der Bundesrepublik, Österreichs, Italiens und Jugoslawiens. Der schön bebilderte, alle notwendigen Angaben über Preise, Aufenthaltsbedingungen, Leistungen, Reiseunterlagen u.a. enthaltende Prospekt erleichtert die Wahl des Urlaubszieles. Der Suchende weiß, was ihn erwartet. "Star" nimmt ihm alle Mühen ab, er bekommt das beruhigende Gefühl, real und zu seiner Vorteil bedient zu werden.

Die Prospekte sind in allen Filialen der oben genannten Zeitungen zu beziehen.

+ + -

Verantwortlich: Günter Markschoffel